



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

## Rundschreiben Nr. 22

Juni 2018

### 1. Vormerken! KEESA-Tagung am 9. Dezember zum Rohstoffhandelszentrum Schweiz am Beispiel des sambischen Kupfers

Das interdisziplinäre, von SNIS finanzierte Forschungsprojekt Valueworks, dem die KEESA angehört, untersucht die Wertschöpfungskette für Kupfer von Sambia bis China. Dabei wird auch die Rolle des Rohstoffhandelsplatzes Schweiz unter die Lupe genommen. Die KEESA widmet ihre diesjährige Konferenz eben diesem Thema. An unserer Tagung sollen die Folgen des Kupferhandels auf die Bevölkerung Sambias beleuchtet und dargestellt werden. Aber auch, dass Kupferhandel mehr ist als nur der Abbau des Kupfererzes und die Gewinnung dieses Metalls: Transport auf Land- und Wasserwegen, Zwischenlagerung, Verzollung, Handel in Genf etc. sind ebenfalls Teil der Wertschöpfungskette. Und alle diese Elemente, so die bisherigen Resultate des Forschungsprojektes, werden weitgehend von Schweizer Firmen kontrolliert (vgl. dazu den Blog von Rita Kesselring Beilage 1). Die Tagung wird deshalb auch der Frage nachgehen, was wir von der Schweiz aus unternehmen können, damit in Sambia nicht nur – wie bisher - die Kosten der Wertschöpfungskette bleiben, sondern wie Sambia sich auch am Gewinn beteiligen kann. Die Tagung findet am 9. Dezember 2018 in Basel statt. Datum vormerken!

Als Vorbereitung zur diesjährigen Tagung, die wie in den Vorjahren in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien der Uni Basel und dem Afrika-Komitee organisiert wird, erscheint im November eine Schwerpunktnummer des afrika-bulletins zum Thema «Die Schweiz und das sambische Kupfer» (<http://www.afrikakomitee.ch/category/afrika-bulletin/>)

### 2. Illegale Schulden Mosambiks: Brief an Bundesrat und Journalist eingeschüchtert

Wie berichtet, widmete sich die letztjährige KEESA-Tagung den illegalen Schulden Mosambiks (siehe Rundschreiben Nr. 21). Seither hat die KEESA diese Thematik weiterverfolgt und mit anderen in Mosambik tätigen Schweizer NGO diskutiert, welche Handlungsoptionen zur Verfügung stehen, um die Credit Suisse zur Verantwortung zu ziehen und die mosambikanische Zivilgesellschaft in ihren Forderungen zu stärken. Ein erster Schritt war ein Brief an Bundespräsident Berset mit Kopie an Bundesräte Cassis und Schneider-Ammann, der die Kürzungen der Schweizer Hilfeleistungen an Mosambik als Folge der Geheimkredite kritisiert. Wir fordern insbesondere, dass die gestrichene Budgethilfe zur Unterstützung der mosambikanischen Zivilbevölkerung eingesetzt wird und dass der Bundesrat das Gespräch mit der Credit Suisse sucht, und sie auffordert, zu ihrer Verantwortung zu stehen (siehe Beilage).

Zuvor hatte die Bundesregierung auf eine Motion von Carlo Sommaruga, welche den Bundesrat auffordert, sich auf internationaler Ebene für die Restrukturierung der illegitimen Schulden einzusetzen, eine enttäuschende Antwort gegeben. Der Bundesrat schrieb in seiner Antwort, dass die illegitimen Schulden nicht ein Problem der Schweizer Regierung seien, da es sich um ein privates Geschäft handle. Solange die mosambikanische Regierung dem Ruf nach Offenlegung und Transparenz nicht nachkomme, werde nichts unternommen. Die Credit Suisse wird in der Antwort nicht direkt erwähnt, jedoch weist der Bundesrat darauf hin, dass sie von in

der Schweiz ansässigen oder tätigen Firmen eine verantwortungsvolle Unternehmensführung gemäss internationaler Standards erwartet.

Ende März stellte die mosambikanische Regierung an einem Treffen in London ihren Geldgebern dar, wie sie mit den 2 Milliarden Schulden umzugehen gedenkt. Zusammengefasst: man warte ab, und könne noch keine Rückzahlungen machen. Die mosambikanische Zivilgesellschaft veröffentlichte im Hinblick auf das Treffen eine Pressemitteilung, in der sie von der Regierung Nyusi erneut Transparenz und Rechenschaft fordert und von Credit Suisse und der russischen Bank VTB die Anerkennung der Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht. Überraschenderweise erklärte Nyusi Ende April an einem Treffen des britischen Think Tank Chatham House, dass er der Meinung sei, die zwei in den Kreditskandal involvierten Banken seien mitverantwortlich, hätten zur Kreditvergabe gedrängt. Credit Suisse Präsident Marcel Rohner reagierte eine Woche später an der Aktionärsversammlung von Credit Suisse auf diese Aussage, indem er einen solchen Druck seitens der Credit Suisse verneinte und sich bereit erklärte, Mosambik zu helfen .

Am 24. April wurde, der bekannte Journalist, Anwalt und Menschenrechtsaktivist, Ericino de Salema in Maputo von Unbekannten entführt. Dabei wurde er zusammengeschlagen, man hat ihm Arme und Beine gebrochen und ihn bewusstlos in einem Aussenbezirk von Maputo am Strassenrand liegen lassen. De Salema hatte zuvor in einer bekannten politischen Talkshow die Versuche der Regierung kritisiert, die 2 Milliarden Schulden umzustrukturieren. Bereits 2016 wurde ein Fernsehanalytist, José Jaime Macuane, ebenfalls entführt und schwer verletzt.

### 3. Gerichtsverfahren gegen Titaniumabbau in Xolobeni

Seit Jahren kämpfen die Amadiba gegen die Pläne des australischen Minenkonglomerats MRC, bei Xolobeni an der Wild Coast Südafrikas Titanium abzubauen. Das Projekt hätte nicht nur verheerende Umweltschäden zur Folge, sondern auch die Vertreibung der lokalen Amadiba-Gemeinden.

Das Amadiba Crisis Committee, welches den Widerstand gegen MRC anführt, und sein Anwalt Richard Spoors, haben gegen das staatliche Department of Mineral Resources ein Gerichtsverfahren angestrengt, um die Sistierung der Abbaupläne in Xolobeni zu erreichen. Am 23. und 24. April fand die Anhörung vor dem obersten Gericht von North Gauteng statt. An der Anhörung nahmen viele AktivistInnen des Amadiba Crisis Committee sowie Betroffene aus anderen Minenprojekten teil. Auch der Präsident der Association of Metal and Construction Workers' Union (AMCU) Joseph Mathunjwa war anwesend und sprach seine Unterstützung für alle von Bergbauprojekten betroffenen Gemeinden aus.

Am 24. April überbrachten Mitglieder des Amadiba Crisis Committee dem Department of Mineral Resources ein Memorandum, das die wichtigsten Forderungen beinhaltet. Unter anderem verlangen die betroffenen Gemeinden bei Bergbauprojekten jederzeit und vollumfänglich in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Ausserdem soll der geplante Minerals and Petroleum Development Act (MPRDA) das Prinzip der freien, vorausgehenden und informierten Zustimmung (free, prior and informed consent Prinzip) aufnehmen, welches im Völkerrecht bereits seit langem als soft law anerkannt ist. Das Memorandum nimmt auch eine immer wiederkehrende Kritik vieler Gemeinden auf. Rohstoffabbau per se bedeutet nicht Fortschritt für alle. Deshalb sollen die lokalen, regionalen und nationalen Behörden „Entwicklung“ zusammen mit der betroffenen Bevölkerung gestalten.

Die zuständige Richterin kündigte an, sich Zeit für die Entscheidung zu nehmen. Ein positiver Entscheid hätte grosse Auswirkungen auf Minenprojekte in anderen Gebieten Südafrikas und darüber hinaus, und würde den Widerstand enorm stärken.

#### 4. Silikose und TB-Sammelklage: Entschädigung für Arbeiter!

Anfangs Mai erreichte uns die gute Nachricht, dass zwischen ehemaligen Minenarbeitern und den Goldminen eine Entschädigungsvereinbarung unterzeichnet wurde. In früheren Rundschreiben haben wir von der Sammelklage von Minenarbeitern gegen Goldminenkonzerne berichtet (siehe Rundschreiben Nr. 17 und 18, 2016). Die Klagenden beschuldigten ihre ehemaligen Arbeitgeber, sie nicht genügend vor Silikose oder TB geschützt zu haben. Wie viele Arbeiter betroffen sind, ist nicht genau bekannt. Schätzungen nennen Zahlen, die von 50'000 bis zu 500'000 Arbeitern reichen. Die von Silikose und TB betroffenen ehemaligen Arbeiter stammen sowohl aus Südafrika wie aus den Nachbarländern Südafrikas. Sie arbeiteten zwischen 1965 und 2002 in südafrikanischen Goldminen. Die Sammelklage wurde bereits 2012 eingereicht; es vergingen jedoch Jahre bis die Klage überhaupt zugelassen wurde. Viele der Minenarbeiter sind schwer krank oder bereits gestorben, weshalb eine rasche Einigung einer sich noch lange hinziehenden Klage vorgezogen wurde.

Der Vergleich legt fest, dass ein Fonds von 5 Milliarden Rand entstehen soll, welcher von sechs Goldminenfirmen finanziell gespeist wird. Die Firmen sind Harmony Gold, Gold Fields, African Rainbow Minerals, Sibanye-Stillwater, AngloGold Ashanti und Anglo American South Africa. Dieser Fond soll Minenarbeiter entschädigen, die im Zeitraum ab 1965 bis zur Gegenwart in einer Goldmine arbeiteten und an Silikose und TB erkrankt sind. Die Herausforderung wird nun darin bestehen, die erkrankten Arbeiter oder die hinterbliebenen Familienmitglieder ausfindig zu machen, um die jeweiligen Kompensationen auszuzahlen.

Diese Entschädigungsvereinbarung ist ein grosser Erfolg für die Arbeiter, sie muss aber noch vom Gericht in South Gauteng ratifiziert werden.

#### 5. Veranstaltung 30. Juni: Podiumsgespräch mit Vreni Schneider

Vreni Schneider war lange in der schweizerischen Anti-Apartheid Bewegung engagiert und hat die Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen KEM massgeblich geprägt. Noch heute engagiert sie sich als Teil des KEESA-Ausschusses für mehr Gerechtigkeit im südlichen Afrika. Anlässlich ihres 80. Geburtstags soll ihr Wirken in einem öffentlichen Gespräch gewürdigt werden. Mehr Informationen dazu enthält der beigelegte Flyer (Beilage 3).

#### 6. Verkauf von Lonmin

Seit Monaten ist es ein grosses Thema in der südafrikanischen Presse, und auch wir von der KEESA verfolgen das Thema ganz nah: Lonmin soll von der südafrikanischen Firma Sibanye-Stillwater übernommen werden. Nun warten die Managements der beiden Seiten darauf, dass die verantwortlichen Behörden in Südafrika und Grossbritannien den Verkauf billigen. Diesen Mai hatte die südafrikanische Reserve Bank (SARB) die Übernahme gutgeheissen.

In der Zwischenzeit formiert sich der Widerstand gegen den Verkauf von Lonmin. Das Mining Forum of South Africa versucht gerichtlich die Übernahme zu stoppen. Ihre Befürchtungen sind, dass Sibanye-Stillwater wie zuvor auch Lonmin, ihre Verantwortung gegenüber den betroffenen Gemeinden in Fragen wie Umweltschutz nicht übernimmt.

Auch die Mehrheitsgewerkschaft bei Lonmin, AMCU, hat sich bei der Bekanntmachung des Verkaufs besorgt gezeigt. Sie kritisiert nicht nur die fortschreitende Monopolisierung im Bergbau, sondern insbesondere das rücksichtslose Verhalten von Sibanye-Stillwater gegenüber Arbeitnehmerrechten. Sibanye-Stillwater hat angekündigt 12'600 von rund 33'000 Arbeitsplätze bei Lonmin abzubauen.

## 7. Lektüreempfehlung

Pünktlich zur Aktionärsversammlung von BASF Anfang Mai erschien der Sammelband «Zum Beispiel BASF – Über Konzernmacht und Menschenrechte». Bereits sechs Jahre sind vergangen seit dem Marikana-Massaker, bei dem 34 Minenarbeiter erschossen wurden, als sie für bessere Arbeitsbedingungen streikten. Die Marikana-Platinmine gehört der britischen Firma Lonmin, einer ihrer Grossabnehmer ist BASF.

Am Beispiel der Platinlieferkette zwischen dem deutschen Chemiekonzern BASF und dem britisch-südafrikanischen Platinproduzenten Lonmin erörtert dieser Sammelband koloniale Kontinuitäten im Rohstoffhandel und versammelt Stimmen von ArbeiterInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen.

Es geht um die direkte Verbindung des Massakers von Marikana nach Europa, um globale Lieferketten und deren Gestaltung durch Handelsabkommen und Entwicklungspolitik, um Steuervermeidung, Lobbyismus und Unternehmensverantwortung, um dringend notwendige rechtliche Regulierungen und postkoloniale Verantwortungskonzepte – und um die neuen Herausforderungen transnationaler Solidarität. Das Buch enthält auch einen Beitrag der ehemaligen KEESA-Koordinatorin Barbara Müller zu den Beziehungen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands zum Apartheidregime. Eine lohnenswerte Lektüre über Konzernverantwortung und Rohstoffhandel!

*Wie ist es möglich, dass die Menschen, die eines der wertvollsten Metalle der Welt für ein deutsches Vorzeigeunternehmen abbauen, in Slums leben?*

Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch (Hrsg). «Zum Beispiel BASF. Über Konzernmacht und Menschenrechte». 450 Seiten, 92 Abbildungen, Mandelbaum Verlag 2018. Das Buch kann für 32.50 zuzüglich Porto bei der KEESA bezogen werden.

## 8. In eigener Sache

2018 sind es 20 Jahre seit der Gründung der KEESA. Damals verlangte eine breite Koalition von kirchlichen und nichtkirchlichen Nichtregierungsorganisationen und ehemaligen Anti-Apartheid-aktivistInnen, dass sich die Schweiz mit ihrer Apartheidvergangenheit auseinandersetzt, sich bei den Apartheidopfern entschuldigt und sich an der Zahlung von Reparationen beteiligt. Wir verlangten ausserdem, dass die Schulden, die das demokratische Südafrika vom Apartheidregime übernehmen musste, als illegitime Schulden (odious debts) deklariert würden, und damit nicht mehr geschuldet wären. Es ist uns gelungen, das öffentliche Bewusstsein für die Rolle der Schweiz während der Apartheid zu schärfen. Unsere Kampagne hat dazu beigetragen, dass der Nationalfonds das Forschungsprogramm Schweiz-Südafrika NFP42+ lancierte, das einen Anfang an die geforderte Aufarbeitung darstellte. In den letzten Jahren leistet die KEESA Aufklärungsarbeit in Bezug auf die aktuelle Präsenz von Schweizer Unternehmen im südlichen Afrika.

Um diese Arbeit weiterhin leisten zu können, ist die KEESA auf Spenden angewiesen. Machen Sie der KEESA ein Geburtstagsgeschenk und helfen Sie uns, die Kampagne weiterzuführen!



Aurora García, Koordinatorin KEESA